

**Niederschrift über die
Sitzung des Kreistags am 24.04.2017**

Ort: in der Schwabenlandhalle Fellbach, Tainer Straße 7 in 70734 Fellbach

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

83 Kreisrätinnen und Kreisräte: Kölz (ab 14:45 Uhr), Segan (ab 14:55 Uhr), Goll (ab 15:45 Uhr), Fleischer (ab 17:15 Uhr), Dr. Ulfert (bis 17:15 Uhr), Hundt (bis 17:53 Uhr), Beutel (bis 17:54 Uhr), Berger (bis 17:54 Uhr), Haußmann (bis 18:00 Uhr), Riedel (bis 18:00 Uhr), Dr. Weigold (bis 18:05 Uhr), Wilhelm (bis 18:05 Uhr), Breiter (bis 18:05 Uhr), Mößner (bis 18:05 Uhr), Jäger (bis 18:10 Uhr), Dr. Kasper (bis 18:10 Uhr), Dr. Ketterer (bis 18:10 Uhr), Schöllkopf (bis 18:15 Uhr), Payr (bis 18:23 Uhr), Sai-ler (bis 18:23 Uhr)

Entschuldigt: Heissenberger, Reingruber (CDU)
Kelemen (SPD)
Heid (Freie Wähler)
Auer (FDP-FW)

Ferner: Finanzdezernent Geißler
Verkehrsdezernent Dr. Zaar
Dezernentin Hülle
Sozialdezernentin Bittinger
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:45 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Medizinkonzeption für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/042/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte,

ich freue mich, dass heute der Tag der Entscheidung gekommen ist.

Heute ist es an Ihnen, im Kreistag die Weichen für unsere Rems-Murr-Kliniken zu stellen und ein Signal an das Sozialministerium zu senden wie es mit unseren Kliniken weitergehen kann.

Ich hoffe, dass der Kreistag heute unserer Geschäftsführung und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken den Rücken stärkt und aufzeigt, wie es aus Sicht des Kreises weiter geht. Wir haben Ihnen ein über 200 Seiten starkes Werk auf dem Tisch, in dem viel Arbeit und Herzblut steckt. Die komplexen Inhalte und viele Detailfragen haben wir im Aufsichtsrat, in einer Klausurtagung, im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss, aber auch in vier Bürgerinformationsveranstaltungen intensiv diskutiert. Dabei wurden, auch als Fazit von meiner Seite, viele kritische Fragen die gestellt wurden, versucht zu beantworten. Daher gehe ich darauf im Einzelnen nicht mehr ein. Ich fasse mich heute kurz, denn heute sind Sie, heute ist der Kreistag an der Reihe.

Zwei Dinge möchte ich aber noch kurz ansprechen:

Zum einen, möchte ich noch einmal das Engagement aller Chefarzte und Führungskräfte - zu denen ich hier im Übrigen auch die Personalvertretung zähle, weil sie auch am Konzept mitgearbeitet haben - herausstellen und mich auch dafür bedanken. Es wurden gemeinsam drei Varianten herausgearbeitet und damit Entscheidungsmöglichkeiten für die Politik wie es weitergehen kann. Man steht geschlossen in den Kliniken hinter der Empfehlung der Geschäftsführung.

Das ist eine Leistung die mich besonders freut, denn vor einem Jahr sah das noch anders aus.

Schon deshalb, für dieses Zusammenrücken, für dieses neue Verständnis und Miteinander hat sich die Arbeit gelohnt.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 3

Öffentlich

Zum Zweiten möchte ich aber auch heute noch einmal betonen: Der Kreistag kann zwar politische Entscheidungen treffen, aber dass wir im Bereich der Gesundheitsversorgung und –politik, faktische Vorgaben der Bundes- und Landespolitik haben. ‘Alles an jedem Ort’ wird es zukünftig nicht mehr geben. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies für die heutige Entscheidung: Wir können die medizinische Versorgung in unserem Landkreis nicht einfach so, nicht alleine im Kreistag definieren und sind nicht völlig frei. Die Medizinkonzeption muss daher im nächsten Schritt, wenn der Kreistag die Empfehlung der Geschäftsführung politisch unterstützt, mit dem Sozialministerium abgestimmt werden. Wir brauchen das OK des Sozialministeriums, obwohl wir weiterhin vieles selbst und aus eigener Kraft stemmen müssen. Dies war für mich bei der Erarbeitung der Medizinkonzeption immer klar. Und so verstehe ich auch den ergänzenden Antrag der CDU-Fraktion, den wir versucht haben, in der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf die Gespräche mit dem Sozialministerium bin ich aber zuversichtlich.

Wir haben eine klare Empfehlung der Geschäftsführung auf dem Tisch. Wir haben uns bereits im Vorfeld mit vielen kritischen Fragen auseinandergesetzt und wir haben Antworten. Wir müssen uns keiner Diskussion scheuen! Und hier nenne ich nur einen Fakt: Wir haben nur 200 Akutbetten auf 100.000 Einwohner, das sieht in anderen Landkreisen ganz anders aus. Wir können sagen, dass wir nicht an den Vorgaben des Landes und Sozialministeriums vorbei die Medizinkonzeption erarbeitet haben, sondern, dass diese mit einfließen.

Wir haben auch herausgearbeitet, dass ‘wirtschaftlich erfolgreich’ ein sehr relativer Begriff ist und dass wir die Kliniken noch auf Jahre unterstützen müssen. Die Städte und Gemeinden werden, wenn wir zu unseren Kliniken stehen, weiterhin Geld in die Hand nehmen und über die Kreisumlage Millionenbeträge aufbringen müssen, wenn wir die medizinische Versorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreifen und wir im Rems-Murr-Kreis die kommunale Trägerschaft erhalten, was sicher ein Kraftakt bleiben wird.

Und gerade deshalb ist es mir so wichtig, dass wir schnell ein klares und verlässliches Signal des Landes bekommen und erwarte dies auch vom Sozialminister. Ich hätte Ihnen auch gerne heute schon die Stellungnahme des Ministeriums mit eingearbeitet, aber es war der Wunsch des Ministeriums erst hier zu beschließen und dann mit ihm die Gespräche zu führen. Diese Reihenfolge haben wir nicht festgelegt, aber wir nehmen diese Herausforderung gerne an und gehen eben mit die-

sem Beschluss, den wir Ihnen heute vorbereitet haben, dann zum Ministerium. Deshalb würde ich dies der Geschäftsführung heute gerne noch als konkreten Auftrag des Kreistags mitgeben und auch nachher nochmal in den Beschlussantrag aufnehmen, sodass sie in der nächsten Sitzung eine Rückkopplung bekommen, was aus diesen Gesprächen geworden ist. Soviel von meiner Seite und zur der Ergänzung, was die Vorbehalte betrifft.“

Geschäftsführer Dr. Nickel, Rems-Murr-Kliniken legt dar:

„Herzlichen Dank Herr Dr. Sigel für die einführenden Worte. Herr Dr. Sigel hat es gerade gesagt, heute ist ein Entscheidungstag. Ein Entscheidungstag für die RMK und wir haben lange Zeit darauf hingearbeitet. Worauf haben wir hingearbeitet und warum stehe ich hier? Heute stehe ich hier nicht nur als Geschäftsführer und als Vertreter der RMK, heute stehe ich für 2.200 Mitarbeiter, die heute auf diesen Tag schauen und warum schauen sie heute auf diesen Tag?

Seit über einem Jahr haben wir eine Grundsatzdiskussion im Raum, wie geht es mit den Kliniken weiter und was passiert mit ihnen? Kriegen wir ein starkes Signal aus dem Kreistag, dass er zu den Kliniken steht, oder kriegen wir ein ja, aber? Das Wichtige für die Mitarbeiter wenn ich heute in die Kliniken wieder zurückgehe, und morgen haben wir 4 Mitarbeiterveranstaltungen, es schauen mich 2.200 Mitarbeiter an und sagen: ‚Und was passiert jetzt?‘ In der Zwischenzeit ist, wie Herr Dr. Sigel gesagt hat, sehr viel an Einigungsprozess geschehen. Wir haben es geschafft innerhalb von 12 Monaten Einigkeit unter den Mitarbeitern zu erzielen. Einigkeit im Aufsichtsrat, Einigkeit im VSKA und heute bin ich gespannt was für eine Form von Einigkeit wir hier erreichen. Warum brauche ich das? Ich brauche ein starkes Mandat von Ihnen, dass ich Richtung Ministerium gehen kann und mit Selbstbewusstsein sagen und vertreten kann: ‚Wir, die RMK haben eine Existenzberechtigung, wir als RMK sind für die Bürger da, wir als RMK haben ein Versorgungsauftrag, der mit dem Planbetten vorgegeben wird und sie, das Ministerium, sie unterstützen uns, diesen Versorgungsauftrag so gut wie möglich letztendlich auszugestalten. Herr Dr. Sigel hat es gesagt - wir hätten heute gerne schon ein Statement mitgebracht; seit dem 15.02.2017 liegt das Konzept dem Ministerium vor. Das Ministerium hat sich klar positioniert. Es hat gesagt: Machen Sie ihre Kreistagsentscheidung und dann arbeiten wir weiter. Was muss das Ministerium denn entschließen? Ich kann nachvollziehen, und das geht an alle Mitglieder des Kreistags, und wir haben auch die Lehren der Vergangenheit aufgearbeitet, dass in der Vergangenheit vieles passiert ist wo sie sagen, ob diese Reise gut aufgeht bis 2023? Die 5,5 Mio. Euro, die Herr Dr. Nickel mit seinem Team an die Wand geworfen hat, passt das

soweit? Wir haben versucht Ihnen im Rahmen eines Entscheidungsprozesses darzulegen, dass wir mit aller kaufmännischer Vorsicht kalkuliert haben. Wir haben viele Eventualitäten abgebildet – Fixkostendegressionsabschlag und hohe Abschlagsquoten. Wir haben viele Kostensteigerungen eingeplant. Wir haben sogar ein „Scheibenweise-Prozess“ dargestellt, dass Sie als Kreistagsgremium letztendlich immer mitbestimmen und sagen können, erst wenn der Erfolg im Unternehmen da ist, dann entscheiden wir die nächste Tranche. Und dafür sage ich herzlichen Dank, dass sie sich bis hierhin auf diesen Prozess eingelassen haben. Und ich muss das amüsanterweise darstellen, dass das letztendlich nicht ganz geplant gewesen ist, weil ich auch heute überrascht wurde: Ich hatte eine Diskussion was die Zahlenzuverlässigkeit angeht mit einem berühmten Mathematiker hier in diesem Raum. Ich habe heute eine Flasche Wein geschenkt bekommen, weil ich eine Wette gewonnen habe, dass die Zahlen stimmen. Herzlicher Dank an diesen Mathematiker, Herr Gruber, dass sie die Zahlen überzeugt haben. Mehr noch, ich muss auch eine Botschaft mitnehmen auch zum Verhandeln. Um mit Selbstbewusstsein zu verhandeln nach dem Motto: was steht uns als Rems-Murr-Kliniken zu? Und wie Herr Dr. Sigel schon gerade gesagt hat, Krankenhausrecht ist kompliziert.

Es ist nochmal die Frage im Mittelpunkt, wozu soll das Ministerium zustimmen? Und dass ist die knifflige Frage. Soll es einem Förderantrag stattgegeben, dass wir mehr Betten brauchen? Im Konzept, das ihnen vorliegt, stehen 8 Mio. Euro, die wir potenziell als Fördersumme sehen. Wenn man sie umrechnet in Finanzierung und in Abschreibungen, sind das, wenn es nicht kommen würde, 270.000 Euro per anno. Entscheiden wir letztendlich über die grundsätzliche Entscheidung, ob wir Planbetten kriegen. Das sind viele Fragen, die noch im Raum stehen und wie Herr Dr. Sigel das gesagt hat, ich nehme diesen Auftrag gerne an diese Einzelthemen zu beleuchten und das ist auch meine Verantwortung. Die Frage, die sich hier stellt ist: was bekomme ich heute für ein Mandat mit? Und ich kann es sehr gut verstehen, dass sie viele Bedenken haben und sagen in dem Moment: so eine Situation hatten wir schon mal. Ein Kind, das schon mal mit dem Feuer gespielt hat, spielt nicht nochmal gern mit dem Feuer, was ich gut verstehen kann. Was jedoch heute brauche ist Zuversicht. Und glauben sie mir, so haben sie mich immer kennengelernt, als Geschäftsführer bringe ich den Optimismus mit, bringe die Zuversicht mit und geben sie mir auch heute eine Botschaft mit, dass ich meinen Mitarbeitern sagen kann, es geht los und wir können aufbrechen. Denn ich muss ja als Geschäftsführer auch über Chancen und Risiken aufklären. Diese sind relativ einfach. Die Chancen sind, dass wir die Bürger mit dem Versorgungsauftrag exzellent erreichen können und wir

haben es schon ganz eindrucksvoll dargelegt: Im Frühjahr hatten wir eine Auslastung in beiden Häusern über 100 %. Wir sind über Plan und haben 2.000 Patienten mehr behandelt als im Vorjahr, jetzt schon in den ersten 4 Monaten. Das ist gewaltig und ich kann Ihnen prophezeien, so wie das jetzt geht, das ist gerade der Lauf unserer Sanierung und Restrukturierung; die Bürger nehmen uns an. Ich hoffe, dass sie uns den Schwung geben, dass wir weiter arbeiten können. Ich hoffe, dass das Ministerium konstruktiv mitzieht und ich hoffe, dass sie mir heute auch ein Mandat aufgeben, dass ich sehr klar mit dem Ministerium abstimmen kann, was auch in deren Zuständigkeit liegt. Und ich hoffe, dass ich eine schnelle Entscheidung bekommen, weil ein Geschäftsführer mit seinem Team und dieser Aufbruchsstimmung, die in den letzten Wochen und Monaten auch mit Ihrer Unterstützung erzeugt wurde, am liebsten schon gestern loslegen würde. Und ich kann ihre Bedenken nochmal verstehen und Herr Dr. Sigel hat es schon mal gesagt: Sie kennen Herr Dr. Nickel mittlerweile, der gern feurige Reden hält und heute ist eine davon. Das ist ein klares Plädoyer für meine Mitarbeiter und für die Aufbruchsstimmung, die wir erzeugt haben. Ich hoffe heute, dass sie uns ein starkes Signal mitgeben und ich setze darauf, dass wir den Kurs, den wir eingeschlagen haben, erfolgreich weiter fortsetzen. Und ich hoffe, dass ich morgen unseren Mitarbeitern sagen kann, ja wohl - das ist die Entscheidung des Kreistages. Das tragen wir jetzt nach vorne und am Ende des Tages können wir damit exzellent unseren Versorgungsauftrag für den Kreis ausgestalten. Ich bin gespannt auf die Entscheidung und setze auf Ihre Zuversicht. Herzlichen Dank!“

Kreisrätin **Dr. Ulfert** führt für die **CDU-Fraktion** aus:

„Gemeinsam für unsere gesunde Zukunft,
nicht mehr und nicht weniger wünschen es sich die Bürger des Rems- Murr- Kreises, die Geschäftsführung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken sowie alle hier versammelten Kreisräte mit Herrn Landrat Dr Sigel und der Verwaltung.

Es war ein langer Weg bis zum heutigen Tag und anders als der Prozess vor etwa 10 Jahren, der 2008 zu der denkwürdigen Entscheidung zum Neubau in Winnenden und der Schließung des Krankenhäuser Waiblingen und Backnang führte. Und doch gab es in den möglicherweise zu in Frage zu stellendem Klinikstandort Schorndorf in der Bevölkerung und in der Klinik erhebliche Unruhe und Emotionen. Die Informationsveranstaltungen im Raum Schorndorf waren deutlich stärker besucht,

als beispielsweise in Backnang, wo die BKZ titelte: Klinikfrage lässt Backnangs Bürger kalt und für Fellbach lautete die Schlagzeile der Stuttgarter Zeitung: 13 Experten referieren vor sechs Zuhörern.

Lässt die Klinikfrage die Bürger kalt? Mitnichten, aber mit gesundem Realitätssinn sind sie der Meinung, sowieso nichts verändern zu können und sehen auch keine Alternative zu den bereits öffentlich bekannt gewordenen Beschlussempfehlungen des Verwaltungs-, Schul und Kulturausschuss sowie den darin vorgebrachten Meinungen aus den Fraktionen. Besucher der Informationsveranstaltungen äußern sich sehr positiv über die erhaltenen Informationen, dafür nochmals Danke an die Klinikleitung und die engagierten Chefärzte und die Pflegedienstleitung.

Es gab und gibt großes Lob für die geschlossene Erarbeitung und Vorstellung des Medizinkonzepts, durch die Vertreter beider Kliniken. Nachdem genau vor einem Jahr die Wogen hochschlugen, ist es erfreulich, dass hier zu einem konstruktiven Zusammenarbeiten zurückgefunden wurde, zum Wohle aller Mitarbeiter und Patienten sowie dem wirtschaftlichen Überleben der Rems Murr Kliniken in kommunaler Trägerschaft.

Die ergebnisoffene Prüfung der drei Szenarien:

Erhalt Klinik Schorndorf mit Sanierung im Bestand,

Erhalt Klinik Schorndorf mit Neubau sowie Schließung Klinik Schorndorf und Konzentration in Winnenden wurden versucht so nah wie möglich an der Realität zu berechnen.

Spätestens seit 2008 wissen wir natürlich alle, dass Annahmen unterschiedlich belastbar sein können, sozusagen wie in der Waiblinger Kreiszeitung stand ein Deja vu, allerdings mit dem Gefühl und der großen Hoffnung, dass dieses Mal mit offenen Karten gespielt wird und dieses Mal wissen alle, die heute darüber abstimmen werden, dass es eine hervorragende, umfassende medizinische Versorgung der Bürger im Rems Murr Kreis nicht zum Nulltarif geben wird. Wir wissen alle, dass es einen dauerhaften Zuschussbedarf geben wird, der, nach einer kurzen Erholungsphase, sogar eines Tages wieder mehr werden wird. Doch das sind Annahmen, hängt doch das meiste an der Krankenhausfinanzierung der Länder und den gesetzlichen Vorgaben, um nur den Fixkostendegressionsabschlag zu nennen.

Und so ist es gut, dass die Medizinkonzeption in der Ausarbeitung auch explizit Lehren aus der Vergangenheit nochmals zitiert hat:

Nicht abgestimmte weit überhöhte Casemixpunkte, Fehlen eines Organisationskonzeptes, schöne, zu teure Architektur, keine standortübergreifende Zukunftsplanung, zu wenig Parkplätze, Beginn von Sanierungsarbeiten in Schorndorf ohne ein schlüssiges Medizinkonzept, und besonders schwierig: keine Erweiterungsmöglichkeiten für die Klinik am Standort Winnenden und keine verbindliche Abmachung bezüglich der nachträglichen Förderung der 70 Planbetten.

Die Realität hat uns längst eingeholt wie in der Notaufnahme, die bereits umgebaut werden musste.. Die Patientenzahlen steigen schneller als angenommen und wir suchen händeringend nach Betten, denn die Rems- Murr- Kliniken werden gebraucht und von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Bis 2021, so die Annahmen, braucht das Klinikum 1000 Betten.

Wir haben freiwillig Betten eingespart, befinden uns aktuell am Ende der statistischen Bettendichte mit 200 Betten je 100 000 Einwohner, während es in Baden-Württemberg im Schnitt 475 sind. Wir haben eine Belegungsdichte, die trotz der zentralen Lage in der Region faktisch einen Mangel an Betten bedeutet, ein Problem, welches bereits 2008 deutlich angesprochen worden wurde, aber leider kein Gehör fand. Nun müssen wir mit großer Mühe schrittweise bedarfsgerecht ausbauen.

Nun zur Zukunft:

Wir die CDU Fraktion stehen hinter Szenario 1, Sanierung der Klinik in Schorndorf und bedarfsgerechter Weiterentwicklung am Standort Winnenden bei ständiger konstruktiver Abstimmung des Medizinkonzeptes zwischen den zwei Standorten. Ein solches Konzept, welches wir heute verabschieden, lebt und hängt auch von den jeweiligen Chefärzten ab, somit kann und darf es über die Jahre Nachjustierungen geben.

Wir brauchen dringend mehr Betten, die vorgeschlagenen Erweiterungen in Winnenden finden unsere deutliche Zustimmung, es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass es in der Interimszeit immer wieder zu Engpässen kommen kann, wie beispielsweise in diesem Winter, als manches Krankenhaus in der Umgebung keine Patienten mehr annehmen konnte. Die Betten sind auch im Hinblick darauf erforderlich, dass die geburtenstarken Jahrgänge langsam in das Alter kommen, in

dem der Bedarf an medizinischen Maßnahmen zunimmt. Darüber hinaus brauchen wir auch Betten für den Ausbau weiterer Angebote wie im Medizinkonzept dargestellt.

Wir stehen zu dem Ausbau der Spezialisierungen und Hochleistungsmedizin, sehen aber die Kliniken in der Verantwortung für alle Bürger des Rems Murr Kreises, auch bei der Grund- und Regelversorgung. Spitzenmedizin ist zwar betriebswirtschaftlich interessanter, aber es darf nicht eine Bettenknappheit auftreten durch das Angebot von speziellen medizinischen Maßnahmen. Während diese elektiv gegebenenfalls auch außerhalb des Landkreises angefragt werden können, bleibt dem klassisch akut kranken Patienten nur die nahegelegene Notaufnahme unserer Rems Murr Kliniken. Wir brauchen aber auch die Spezialisierung, ein Beispiel: wie lange gab es keine Onkologie zur Behandlung der Krebskranken im Rems Murr Kreis, heute ist sie bei dem steigenden Bedarf unverzichtbar. Die Verhandlungen mit dem Sozialministerium müssen nach dem heutigen Beschluss das eindeutige Ziel haben, die bereits heute mehr als notwendigen und von uns im Vorgriff gebauten 70 Betten vollständig gefördert zu bekommen. Es ist wichtig, die Bettensituation im Rems Murr Kreis im Verhältnis zur baden-württembergischen Bettendichte ins Gespräch zu bringen und die weiteren Pläne konstruktiv mit dem Ziel einer angemessenen Förderung für die Neubauten in Winnenden mit dem Sozialministerium zu beraten.

Bei unserer Diskussion in der CDU Fraktion sind wir, den Lehren der Vergangenheit geschuldet, zu der Auffassung gelangt, dass das geplante Medizinkonzept in der heute zu beschließenden Form auf alle Fälle die Unterstützung des Sozialministeriums braucht. Die Notwendigkeit wurde eigentlich erst durch den Antrag der CDU Fraktion nochmals deutlich herausgearbeitet und soll in erster Linie auch der Geschäftsführung für die anstehenden Verhandlungen den Rücken stärken. Idealerweise hieße das die Aufnahme in das Krankenhausförderprogramm des Landes Baden-Württemberg.

Da möglicherweise dieser weitreichende Antrag zu einer langen Zeit bis zu einer Entscheidung führt, möchten wir unseren Antrag dahingehend modifizieren, dass wir Szenario 1 zustimmen mit der Ergänzung, dass erstens die Geschäftsführung das Medizinkonzept der Rems-Murr Kliniken mit den wesentlichen Maßnahmen wie beispielsweise Zahl der Planbetten mit dem Sozialministerium abstimmt mit dem Ziel einer grundsätzlichen, verbindlichen Zustimmung zum Konzept (bitte schriftlich) und dass zweitens die Geschäftsführung die eingeplanten und eventuell darüber hinaus mögli-

chen Fördergelder beantragt. Zur Erinnerung, bereits heute haben wir noch 50 nicht geförderte Betten.

Wir fordern eine schnelle Planung für die Strategie zum Abbau der Schulden aus dem Krankenhausneubau zuzüglich der noch neu dazu kommenden geschätzt 35 Millionen Euro.

Die eingeleiteten Sparmaßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses zeigen Wirkung und die Klinikmannschaft konnte eine erfreuliche Verbesserung des operativen Ergebnisses erzielen, allerdings bedarf es nun des neuen Medizinkonzeptes, um weiterhin erfolgreich zu bleiben. Die mittlere Verweildauer liegt bereits heute 10 % unter dem Bundesdurchschnitt, dies ist zum einen der Bettenknappheit geschuldet zum anderen der Betriebswirtschaft. Eine weitere Senkung der Verweildauer erscheint nicht immer unbedingt sinnvoll und führt zu Drehtürmedizin, zumal es zu wenig Auffangmöglichkeiten für die Patienten gibt, die sich noch nicht selbst versorgen können (Stichwort Patientenhotel).

Am Pflegepersonal ist unseres Erachtens auch nicht mehr zu sparen, organisatorische Änderungen sind davon ausgenommen, aber insgesamt erscheint Besuchern und Patienten die Arbeitsbelastung in der Pflege doch hoch zu sein.

Wir fordern alle Baumaßnahmen stringent mit einem Baukostencontrolling zu begleiten, eine schöne, doch zu teuer gebaute Immobilie können wir uns nicht noch einmal leisten.

Vor Beginn muss auch der Bereich Technik fachlich und personell entsprechend aufgestellt sein, damit alle Maßnahmen auch fachgerecht und zeitnah durch unsere eigenen Fachleute begleitet werden können. Alle Maßnahmen und deren Finanzierung werden stufenweise freigegeben, um das Risiko zu minimieren. Alle Umsetzungen werden dem Aufsichtsrat sowie den Kreisgremien zeitnah und umfassend vorgestellt.

Und die Parkplatzsituation muss weiter beobachtet und dem Bedarf angepasst werden.

Gemeinsam in eine gesunde Zukunft, das wünschen wir uns allen, dem Landkreis und seinen Bürgern und den Rems Murr Kliniken mit der Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen wirklich viel geleistet haben, wofür wir heute einmal mehr unseren Dank und Anerkennung aussprechen wollen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 11

Öffentlich

Hoffen wir, dass nun mit dem aus heutiger Sicht stimmigen Medizinkonzept ein Ziel vor Augen steht, welches alle Belange noch besser abdecken kann und wird. Wir hoffen, dass auch das Sozialministerium die dringende Notwendigkeit erkennt und grundsätzlich zustimmt.

Eines ist jedoch sicher, die Entscheidung heute, wird anders als 2008 mit großer Zustimmung zum vorgestellten Konzept ausfallen, was trotz aller ungelöster Fragen Rückhalt und große Unterstützung für unsere Rems- Murr- Kliniken bedeutet.“

Kreisrat **Kaufmann** nimmt für die **SPD-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Kreistags,
liebe Vertreter der Ärzteschaft, der Belegschaft,
werte Gäste, Vertreter der Presse,

ja, ein starkes Signal soll heute ausgehen. Warum soll ein starkes Signal ausgehen? Weil es eine Entscheidung sein wird, die wiederum nach 2008 dem Rems-Murr-Kreis eine Kliniklandschaft bringen wird für eine gute medizinische Versorgung, wie es das Medizinkonzept, wie wir auch gehört haben in den Vorberatungen, darlegt. Mit dem Medizinkonzept geht eine Erwartungshaltung einher. Diese Erwartungshaltung ist bei der Belegschaft und bei den Chefärzten, die mit ‚Herzblut‘ allesamt diese Konzeption erarbeitet haben und die auch unsere uneingeschränkte Zustimmung gefunden hat. Wenn wir jetzt Vorbehalte einbauen, dann frage ich mich ganz ehrlich, was passiert dadurch in der Belegschaft und in der Bevölkerung für unser Gesundheitswesen im Rems-Murr-Kreis. Wir haben 4 intensive Beratungen geführt mit allen Fraktionen, mit allen Beteiligten und jetzt auf einmal fällt der CDU-Fraktion ein, einen Vorbehalt einzubauen. Einen Vorbehalt der Finanzierung, obwohl, dass ist der CDU-Fraktion auch klar, wir stufenweise nach und nach, nach dem wirtschaftlichen Ergebnis weiterhin entscheiden wollen. Jetzt frage ich mal ganz offen und ehrlich: Liegt diese Medizinkonzeption nicht in der Entscheidungskompetenz unseres Hauses inkl. Ältestenrat. Das bedeutet: ist denn die Entscheidungskompetenz, die wir hier letztlich auch haben, aus unseren Händen zu legen in die des Landes Baden-Württemberg? Die 5 Abgeordneten von CDU und GRÜNEN sollten sich die Frage stellen, warum sie das denn tun? Können Sie denn letztlich nicht klar und deutlich zu

der Konzeption stehen und sagen: wir trauen unserer Regierung zu, dass diese auch gefördert wird. Anscheinend tun Sie das nicht. Also lieber auf dem Rücken der Bevölkerung und der Belegschaft Vorbehalte einbauen wollen. Und warum machen Sie das denn? Natürlich, das hat ja Frau Dr. Ulfert treffend gesagt, wird es lange dauern. 2010 wurde verhandelt, die Kliniklandschaften zu finanzieren und das gilt bis einschließlich 2017. Wir sind also offen in der Verhandlungsfrage wie es weiter gehen soll oder glauben Sie allen Ernstes, dass das Land Baden-Württemberg zum jetzigen Zeitpunkt, klar und deutlich signalisiert, wir legen uns fest für Planungen 2018 bis 2025? Das glaube ich eher weniger und das glaubt unsere Fraktion übrigens auch nicht. Wir wollen diese Entscheidungskompetenzen nicht aus unseren Händen geben. Wir brauchen ein klares Signal aus dem Kreistag, aus dem Aufsichtsrat heraus an unsere Belegschaft und vor allen Dingen an unsere Bürgerinnen und Bürger, die darauf vertrauen, dass das Gesundheitswesen nach wie vor vorbehaltlos funktioniert bei uns im Kreis. Weil wer Vorbehalte einbaut, muss auch einen Plan B in der Tasche haben und den habe ich hier noch nicht gehört. Also Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion, wir sind uns mehrheitlich bewusst, dass dieses Medizinkonzept klar und deutlich ein Signal ist an unsere Bürgerschaft und wir stehen vorbehaltlos dahinter. Wir wollen stufenweise die Wirtschaftlichkeit natürlich wissen, aber wir vertrauen auf eine starke Geschäftsführung, die uns das letztlich hier auch dargelegt hat. Die SPD-Fraktion stimmt dem Szenario 1 zu – vorbehaltlos, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank!“

Kreisrat **Hesky** erklärt für die **Fraktion der Freien Wähler**,

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
Herr Dr. Nickel,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit der heutigen Beschlussfassung hoffen wir an einem Wendepunkt zu sein, der eine neue Zeitrechnung ermöglicht. Wir wissen mit dem medizinischen Konzept nun, was wir – wirklich – wollen, was es kostet, was es an Erlösen bringen soll und was wir in den nächsten Jahren noch investieren müssen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass wir weit weg sind von den Zielen und Vorstellungen, die der Kreistag hatte, als er 2008 den Beschluss zum Neubau einer Klinik fasste und die Schließung zweier Krankenhäuser besiegelte. Was wollte man damals nicht alles erreichen? Gewinne erzielen und die Abkehr von den steten Defiziten der damaligen drei Kreiskliniken. Heute fühlen wir uns schon auf einem „Grünen Zweig“, da die Zahlen nicht mehr ganz tiefrot sind.

Nicht verschwiegen werden soll, und das bewegt meine Fraktion und mich, dass wir erst heute, im April 2017, eine medizinische Konzeption auf den Weg bringen, die man doch eigentlich gehabt haben müsste, als man 2008 entscheidende Weichen stellte.

Ein schaler Beigeschmack bleibt angesichts der Tatsache, dass man mit der Schließung der Kliniken in Waiblingen und Backnang auch Betten abbauen wollte, was sich rasch als Fehler erwies. Noch während der Bauphase wurden mit eigenem Geld des Landkreises Ergänzungen vorgenommen, damals noch unter dem Motto, die Ausschreibungen seien so günstig, der Kostenrahmen nicht ausgeschöpft, da sind noch Zusatzwünsche möglich.

Dass dann alles anders kam und diese Zusatzwünsche sicher gut, manche aber vor allem finanziell belastend sind, so wie die auf eine mündlich in Aussicht gestellte mögliche Zusage des Landes auf eigenes Risiko zusätzlich gebauten Betten, wissen wir heute schmerzlich.

Das soll es aber mit dem Blick zurück gewesen sein, der aber dennoch notwendig ist, denn ohne Herkunft keine Zukunft. Und eine neue Zukunft wollen wir mit der Medizinkonzeption 2017 schließlich einläuten.

Der Prozess dazu begann holprig. Das erste Konzept, das scheinbar unter den Chefärzten besprochen und vereinbart war, entpuppte sich als wenig tragfähig. Dass dies in einer etwas unschönen Aktion ans Licht kam, mag man beklagen, aber es war gut, dass man nicht wieder sagte, Augen zu und durch. Man muss im Nachhinein denjenigen Ärzten danken, die damals den Mut hatten, zu fordern, angesichts der Zahlen für die Kliniken auch über die Zukunft von Schorndorf nachzudenken.

Daraus wurden die Lehren gezogen und es wurde besser gemacht. Meine Fraktion und ich fühlen uns auch angesichts der Ergebnisse darin bestätigt, dass es richtig war, eine medizinische Konzep-

tion von denjenigen erarbeiten zu lassen, die wissen, was sie können, und die sich später an den medizinischen und wirtschaftlichen Zielen messen lassen müssen, die sie mit dieser Konzeption selbst aufgestellt haben.

Dabei wurde der richtige Ablauf gewählt, nämlich die Bürgerbeteiligung dann durchzuführen, wenn der Kreistag weiß, was er will, und dass wir das auch stemmen können, was man der Bürgerschaft zeigt. Denn eine medizinische Konzeption ist kein Wunschkonzert - weder für die Kliniken, noch für den Kreistag, noch für die Bevölkerung.

Wenn man sich nun die Ergebnisse und den Verlauf des Prozesses ansieht, kann man mit Zufriedenheit sagen, jetzt alles richtig gemacht zu haben. Gut, vielleicht nicht alles, die Nummerierung der Vorlagen und welche Vorlagen heute beraten werden und zur Abstimmung stehen, hätte für manche klarer formuliert werden können. Für uns Freie Wähler gab es allerdings keinen Grund für einen Antrag, sondern wir haben den Landrat per Mail gefragt, dann war es klar.

Klar ist auch, dass wir froh sind, heute nicht über die Schließung von Schorndorf sprechen zu müssen, sondern auf einer gesicherten Basis die weitere Entwicklung beider Häuser im Kreis angehen können. Es ist doch auch beruhigend, dass wir keine knapp 100 Mio. Euro in Schorndorf investieren müssen, um die Klinik zu ertüchtigen.

Und setzen wir darauf, dass wir endlich die wirtschaftlichen Erfolge, also geringere Defizite, erzielen können, die wir brauchen, um aus der Verschuldung herauszukommen, die uns schier erdrückt.

Dabei dürfen wir uns noch nicht zu früh freuen, denn das Fell des Bären können wir erst dann verteilen, wenn ihn der Landrat und Dr. Nickel erlegt haben. Will sagen, wenn es den beiden gelungen ist, das Land zu einer verbindlichen Zusage zu bewegen, Landesmittel für den Bettenausbau in Winnenden zu gewähren. Sonst macht das, über das wir heute beraten und beschließen, keinen Sinn. Doch, Sinn macht es schon, aber wir würden wieder einen Alleingang machen, der uns finanziell überfordern würde. Und noch einmal dürfen wir uns auf mündliche Zusagen und mögliche Förderungen, die man dem Kreistag für so gut wie sicher verkauft hat, nicht verlassen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 15

Öffentlich

Lieber Herr Landrat Dr. Sigel, Herr Dr. Nickel, wir wünschen Ihnen viel Erfolg, das Land mit ins Boot zu holen. Es möge kein schlechtes Omen sein, dass das Wort 'Lucha', wenn man es aus dem Spanischen übersetzt, Kampf oder Ringkampf bedeutet. Meine Fraktion und ich vertrauen auf Ihre Künste, und der Kreis fordert schließlich nichts Unbotmäßiges.

Es wäre schön, wenn das Land erkennt, dass es in der Pflicht steht, mitzuhelfen, die doch auch mit seinem Zutun entstandene verfahrenere Situation wieder ins Lot zu bringen. Schließlich war das Land am Beschluss von 2008 sehr interessiert und hat dann alle Ausbaupläne - zumindest sehenden Auges - mitverfolgt, und wer nicht widerspricht, duldet es. Es wird uns niemand aus Stuttgart weismachen wollen, man habe von der Entwicklung im Rems-Murr-Kreis nichts gewusst.

Wenn das Land nicht mitmacht, müssen wir neu beraten. Das haben alle Fraktionen bei der Vorbereitung im VSKA zum Ausdruck gebracht – mit oder ohne Antrag.

Wir Freien Wähler nehmen Kenntnis von den Hinweisen der Vorlage 2017/042/1 und stimmen der medizinischen Konzeption nach Vorlage 2017/042 unter der Maßgabe zu, dass das Land den Ausbau in Winnenden vollumfänglich mitträgt und bezuschusst.

Allen am Prozess Beteiligten, der Ärzteschaft, dem Pflege- und dem gesamten Klinikpersonal und vor allen Ihnen, lieber Herr Landrat Dr. Sigel, danken wir für die gute Arbeit, ebenso den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für unsere Kliniken die Zeit genommen haben und die Infoveranstaltungen besuchten.

Kreisrat **Höschele** führt die **Fraktion von Bündnis 90/Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
sehr geehrte Gäste,

Anfang des Jahres wurden wir alle aufgeschreckt von einer Meldung, dass in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren 50 Kliniken geschlossen werden sollen. Das war für Schorndorf ein Warn-

signal. Fast die Hälfte aller kommunalen Kliniken erwirtschaftet keinen Überschuss und eine Handvoll schreibt rote Zahlen. Die ließ bei uns die bange Frage aufkommen, was wird aus der Klinik in Schorndorf? Das Medizinkonzept war glücklicherweise so weit, dass Schorndorf eingebunden war und dass wir ein Konzept vorweisen und behaupten können, dass die Klinik notwendig ist. Zunehmend gewinnen betriebswirtschaftliche Aspekte an Bedeutung. Als ich vor über 30 Jahren als Hausarzt angefangen habe, wurde gerade die Klinik in Welzheim geschlossen und es war undenkbar, dass irgendwann einmal die Diskussion angefangen hätte, man wolle Backnang oder Schorndorf schließen. Vor einigen Jahren ist das kleinste Krankenhaus, nämlich Gaildorf auch geschlossen worden. Deswegen können wir uns vor der Entwicklung nicht verschließen und es ist gut, dass der Kreistag 2008 den Neubau in Winnenden beschlossen hat. Diese Entscheidung war zukunftsweisend. Allerdings hätte man uns im Vorfeld keine falschen, optimistischen Zahlen vorlegen sollen, sondern dass dem Kreistag klar gesagt worden wäre, dass man weiter auf den Schulden sitzen bleibt und damit kein Ende der finanziellen Unterstützung durch den Kreis versprechen sollen. Was aber richtig war, und daher stehe ich auch heute noch zu dem Beschluss, dass eine Medizin, wie wir sie heute haben, nicht ohne den Neubau möglich gewesen wäre. Eine Medizin auf hohem Niveau zu der uns die Umkreise beneiden. Es dies spiegelt sich in dem uns vorgelegten Medizinkonzept wider. Mit dieser Argumentation allein wäre jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit Winnenden nicht gebaut worden. Heute wissen wir, dass eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau im Rems-Murr-Kreis notwendig ist und dass wir daran nicht vorbeigekommen wären. Schwerpunktbildungen und Mindestmengen sind Begriffe, mit denen wir inzwischen alle umgehen. So fordert z.B. die AOK dass die Mindestmengen für Knieendoprothesen von 100 auf 200 erhöht werden und welche kleine Klinik kann das heute noch leisten. Wir wissen auch, dass wenn jemand ein geplante Operation hat, dass die Leute ins Internet gehen und danach schauen, wer das macht und wie oft. Deshalb ist das Diakonieklinikum in Stuttgart das erfolgreichste Klinikum für Hüftendoprothesen. Und wenn mich meine Patienten fragen, dass sage ich das auch und so ist die Realität. Die AOK hat auch Zahlen vorgelegt, dass wenn Bauchspeicheldrüsen-OPs nicht oft gemacht werden, die Todesrate um 75 % höher ist. Wir haben hier im Rems-Murr-Kreis beide Kliniken, die genau diese OP hervorragend durchführen. Dies ist für die Patienten gut, auch wenn Anfahrtswege ins Krankenhaus länger werden. Die Menschen müssen deshalb aber nicht befürchten, dass es dadurch keine ausreichende Notfallversorgung vor Ort mehr gibt. Neben den Notfallpraxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte steht der Notarztwagen als eine Art rollende Intensivstation zuverlässig bereit. Er bringt die Patientinnen und Patienten dorthin, wo sie nach der profunden Erstversorgung am

besten behandelt werden können und das ist meistens die bestens ausgestattete Klinik in Winnenden.

Warum Spitzenmedizin und Versorgung auf der Höhe der Zeit ohne den Neubau nicht möglich gewesen wäre, lässt sich am Beispiel des erst in späterer Bauphase entschiedenen Hybridoperationssaal gut verdeutlichen. Nur dadurch konnte einer der besten Gefäßchirurgen Deutschlands für die Rems-Murr-Kliniken gewonnen werden, da dort zu arbeiten sehr attraktiv ist. Mit diesem OP sind wir Vorreiter der medizinischen Entwicklung in der Region, attraktiv weit über die Kreisgrenzen hinaus.

Bei aller Euphorie möchte ich aber nochmals an die eigentliche Aufgabe einer kommunalen Klinik erinnern, nämlich die medizinische Grundversorgung als Daseinsvorsorge. Die Versorgung eines dementen Patienten mit Pneumonie ist aufwendig und zuwendungsintensiv, bringt aber weit weniger Ertrag als es der Aufwand erfordert. Und das ist auch die Gefahr, dass wir weg von der Grundversorgung zu Leistungen kommen, die einfach gut bezahlt sind. Es stellt sich die Frage, ob dies das falsche Anreizsystem ist. Wir als kommunale Kliniken sollen und müssen diese Versorgung aufrechterhalten. Da ist auch die Frage, ob es berechtigt ist, hierfür Steuergelder zu verwenden, wie beispielsweise auch beim ÖNPV. Die Gefahr, dass man durch gut bezahlte Leistungen Erträge kriegt, ist überall da. Letzte Woche war in der Waiblinger Kreiszeitung vom 21.04.2017 ein Artikel und der war überschrieben mit: ‚Zu viele Kaiserschnitte, weil es für die Kliniken lukrativ ist‘. Die Zahl der Kaiserschnitte ist nämlich seit 1995 von 15 auf 31 % in 2015 gestiegen. Die WHO empfiehlt zwischen 10 und 15 %. Hintergrund ist, dass ein Kaiserschnitt besser bezahlt wird, als eine normale Geburt und wenn ein nicht geplanter Kaiserschnitt gemacht wird, noch besser. Die Folge war, dass die Zahl der nicht geplanten nach oben geschossen ist. Ich will damit nicht sagen, dass das Rems-Murr-Klinikum das macht, aber die Gefahr ist, dass so etwas passieren kann. Ich stehe hier auch als Aufsichtsrat, der für die Finanzen verantwortlich ist und da kann es schon mal sein, dass man die Betriebswirtschaft mehr im Sinn hat, als es gut sein kann. Wir brauchen in den Kliniken eine sprechende Medizin. Wir brauchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit den Leuten reden und die ihnen die Entscheidungen erklären und dies kostet mehr Zeit, als man heute hat. Deswegen ist es auch notwendig, dass man in Zukunft auch Strukturen schafft, statt bei denen weniger kranke Menschen nicht mehr in der Klinik liegen müssen, sondern vielleicht vorgeschaltete Strukturen. Dies können Einrichtungen sein, die möglicherweise auch von niedergelassenen Ärzten betreut werden, die nicht dauernd vor Ort sein müssen. Da ist auch daran zu denken, dass dies nicht in unserer

Entscheidung liegt, sondern bei der Bundespolitik. Das alleinige Herunterbeten von CMI kann für ein kommunales Haus nicht das einzige Qualitätsmerkmal sein, sondern eine patientenorientierte Medizin, die die Bedürfnisse von Leuten, die jetzt nicht diese Spitzenmedizin brauchen, abdeckt.

Kommunale Kliniken sollten in Zukunft mehr zusammenarbeiten, auch über die Kreisgrenzen hinweg. Es muss nicht jede Klinik alles anbieten, aber es muss möglich sein, mit einem bestimmten Problem in ein Haus zu gehen, mit dem wir zusammenarbeiten. Wir Grünen setzen uns für eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit ein.

Zuletzt noch ein paar Worte zum Ausbau der Bettenkapazität. Es ist erfreulich, wenn unsere Kliniken so gefragt sind, dass die Betten nicht ausreichen. Dennoch, vor einem weiteren Ausbau gilt es zunächst die vorhandenen Kapazitäten nach Ihren Reserven zu durchforsten. Wie verhält es sich beispielsweise mit den Liegezeiten? Diese liegen bei den Rems-Murr-Kliniken bei 6,3 Tagen, im Bundesdurchschnitt bei 7,3 Tagen. Aber vielleicht lohnt sich ein Blick über den Tellerrand, wie das unsere Nachbarländer machen. In Dänemark sind diese bei 3,7 Tagen. Aber wie machen die das? Die haben andere Strukturen und möglicherweise kommt der Gesetzgeber irgendwann drauf, auch bei uns andere Strukturen zu schaffen. Dann sind 6,3 Tage zu lang und dann braucht man die Betten vielleicht nicht mehr in der Zahl ausbauen. Dies möchte ich auch noch zu bedenken geben. Ich will nicht einer blutigen Entlassung das Wort reden – so wie die Strukturen jetzt sind, ist das Rems-Murr-Klinikum gut und es kann so belassen werden, aber die Zukunft wird es zeigen.

Das Medizinkonzept überzeugt und wir unterstützen es. Danke allen, die daran gearbeitet haben – den Mitarbeitern, den Ärzten, Herrn Dr. Sigel und Herrn Dr. Nickel und vielen mehr, die ich jetzt vielleicht vergessen habe zu erwähnen. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmt deshalb auch dem Szenario 1, der Weiterführung der Standorte Winnenden und Schorndorf zu. Doch das heißt nicht, dass wir jetzt die Hände in den Schoß legen können, sondern es gilt jetzt ein Konzept weiterzuentwickeln mit dem überörtliche Vernetzung stattfinden kann. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat **Haußmann** legt für die **FDP-FW-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

nach einem langen und holprigen Rems-Murr-Klinik-Weiterentwicklungsprozess liegt dem Kreistag nun die Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken vor. Ein detailliertes 240-Seiten-Werk ins tiefe Innere unserer Kliniken – quasi eine rems-murr-klinische Röntgenaufnahme mit breiter Beteiligung für unsere gesunde Zukunft im Rems-Murr-Kreis. Die stationäre Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger im Rems-Murr-Kreis beschäftigt den Kreistag mit einer Intensität wie kaum ein anderes Thema.

Fakt ist, dass insbesondere die betriebswirtschaftlichen Prognosen, die 2008 der Neubauentscheidung zugrunde lagen, bei weitem nicht eingetroffen sind. Nach der Inbetriebnahme hätten sich erst wieder ab 2030 Verluste für den Klinikbetrieb ergeben dürfen. Die für den Weiterbetrieb des Krankenhauses Schorndorf geplanten 22 Mio. € Investitionen waren zu niedrig und der Case-Mix-Index mit 1,1 zu optimistisch angesetzt. Die Neubaukosten lagen aus unterschiedlichen Gründen über dem Plan. Wesentlich besser entwickelt haben sich aber die Fallzahlen der Rems-Murr-Kliniken, die für uns heute eine ganz entscheidende Basis der positiven Prognosen darstellen. Mit über 45.000 Case-Mix-Punkten bedeutet das eine Steigerung von über 30% gegenüber 2010.

Es werden also wesentlich mehr Patientinnen und Patienten behandelt. Die Rems-Murr-Kliniken werden gut angenommen. Dank einer qualifizierten und hochwertigen medizinischen Zentral- und Regelversorgung, die über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten. Dies und ein konsequentes Management wirken sich nun auch finanziell positiv aus. Der Jahresverlust 2016 wird spürbar niedriger ausfallen als geplant. Dennoch war es auch unserer FDP/FW-Fraktion wichtig, mit einer Medizinkonzeption die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die vorliegende Medizinkonzeption und die geänderten Beschlussempfehlungen für das Szenario 1 finden unsere Zustimmung. Nach unserem Geschmack waren allerdings die Geburtswehen zu heftig. Fantasie-Sanierungsaufwendungen in Schorndorf und veröffentlichte interne Konzeptentwürfe sorgten für erhebliche Bremsspuren. Wir danken Landrat Dr. Sigel, Geschäftsführer Dr. Nickel und allen Beteiligten für das vorliegende Medizinkonzept. Damit liegt uns ein Zukunfts-Fahrplan vor, der gemeinsam mit dem ärztlichen und pflegerischen Bereichen erarbeitet wurde und von allen Chefarzten unterzeichnet worden ist.

Damit hat der Rems-Murr-Kreis seine Hausaufgaben gemacht. Es ist schon angeklungen, jetzt gilt es, das Land Baden-Württemberg in die Pflicht zu nehmen. Das Landeskrankenhausgesetz verpflichtet das Land, mit dem Landeskrankenhausplan die Investitionsmittel für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern sowie eine medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung des Patienten im Krankenhaus zu gewährleisten. Der Rems-Murr-Kreis tritt hier also nicht in Demut als Bittsteller auf, sondern hat mit dem Medizinkonzept eine umfassende Entscheidungsgrundlage geliefert. Wir empfehlen Sozialminister Lucha, statt in unüberlegten Interviews über zahlreiche Klinikschließungen in Baden-Württemberg zu philosophieren, sich ganz konkret mit unserem Zukunftskonzept der stationären Gesundheitsversorgung zu beschäftigen. Baden-Württemberg hatte 2013 mit 864 € je Einwohner und Jahr nicht nur die niedrigsten Krankenhauskosten, sondern hat mit 475 Betten je 100.000 Einwohner auch die niedrigste Bettendichte bundesweit (über 600). Im Rems-Murr-Kreis liegen wir hier mit gut 200 landesweit am unteren Ende. Allein diese Zahlen verpflichten alle politisch Verantwortlichen, die Krankenhausplanung mit hoher Fachlichkeit vorzunehmen. Die FDP/FW-Fraktion und ich bringen uns gerne in den weiteren Diskussionsprozess mit ein.

Im Übrigen ist es auch Aufgabe von uns allen, nicht nur landespolitisch die Investitionsförderung für die Rems-Murr-Kliniken einzufordern, sondern auch bundespolitisch die Verantwortlichen auf die Krankenhausfinanzierung hinzuweisen, die sich für die baden-württ. Kliniken nachteilig auswirken. Wenn unsere Kliniken z.B. in Rheinland-Pfalz wären, hätten die Rems-Murr-Kliniken jährlich knapp neun Millionen € mehr Umsatz, weil dort der Landesbasisfallwert deutlich höher ist. In den letzten beiden Jahren ist in BW der LBFW um weniger als die Hälfte des Bundesdurchschnitts angestiegen. Wir haben hier ein deutlich höheres Lohnniveau als im Bundesdurchschnitt. Die Vergütung der Notfallversorgung führt zu erheblichen Defiziten und sollte außerhalb der Budgetierung laufen. Der Fixkostendegressionsabschlag sorgt für zu zusätzliche finanzielle Belastungen, die nur wenig beeinflussbar sind. Außerdem lässt das von der Großen Koalition verabschiedete Krankenhausstrukturgesetz selektive Verträge der Krankenkassen mit den Kliniken zu. Hier besteht die Gefahr, dass dann nicht mehr das Land die Krankenhausplanung macht, sondern die Krankenkassen die Planungen unterlaufen und ihre eigene Strukturpolitik machen. Dass rund die Hälfte der baden-württ. Kliniken Verluste schreiben, liegt also auch an Entscheidungen der Bundespolitik.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 21

Öffentlich

Das Medizinkonzept der Rems-Murr-Kliniken ist anspruchsvoll und ambitioniert. Es basiert aber auf soliden Annahmen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird viel abverlangt. Patientenbefragungen zeigen, dass man die Sorgen und Probleme ernst nimmt. Dafür danken wir ausdrücklich. Der heutige Beschluss braucht aber auch Planungssicherheit und Verlässlichkeit bei der Krankenhausfinanzierung von Land und Bund, damit das Konzept für die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger. So steht es auch auf unserem Medizinkonzept: Gemeinsam für unsere gesunde Zukunft.“

Kreisrat **Bezler** erklärt für die Zählgemeinschaft **DIE LINKE/ÖDP**:

„Lieber Landrat Sigel,

liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,

liebe Damen und Herren,

als ich mich nochmal in Ruhe mit dem uns vorgelegten ‘Medizinkonzept’ -welches in Wirklichkeit eher einem medizinischen Finanzkonzept gleicht - auseinandersetzte, kam mir die Überlegung, wie denn ein ganzheitliches Medizinkonzept - entwickelt vom Landkreis unter aktiver Bürgerbeteiligung - aussehen würde. Ich bin mir sicher, dass Begriffe wie ‘marktgetriebene Strategie’ und andere, die im aktuellen ‘Medizinkonzept’ enthalten sind, darin nicht vorkommen würden. An folgenden Beispielen möchte ich Ihnen einige Themen aufzeigen, die – so denke ich - ein ganzheitliches bürgerbeteiligtes Medizinkonzept für unsere Kliniken beinhalten würde:

- Es sollte stets das Bemühen sein, möglichst wenig und nur wirklich medizinisch notwendige intensive Eingriffe durchzuführen. Auch sollte das Ziel sein, eine Senkung der Berechnungstage zu erreichen, statt sie aus abrechnungstechnischen Gründen zu erhöhen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken erhalten eine gute Bezahlung ohne leistungsbezogene Verträge, die lediglich das Ziel haben Umsätze zu generieren.
- Die Kliniken bieten den Patienten neben einer kompetenten Not- und Intensivmedizin ganzheitliche und biologische Therapien wie z.B. Akupunktur an. Zudem wird Wert auf die ‘sprechende’ Medizin gelegt. Ganzheitliche Zusammenhänge wie beispielsweise Störfelder im

Gebissbereich auf Krankheiten wie Rheuma, Entzündungen etc. werden berücksichtigt (Kooperation mit ganzheitlichen Zahnärzten etc.)

- Die Höhe der von den Besuchern zu zahlende Parkgebühren würden maximal zur Deckung der Parkanlagenkosten verwendet werden und nicht zur Ausgleichsfinanzierung der Klinikdefizite.
- Da die Ernährung eine wichtige Gesundheitssäule und ein Gradmesser für ökologisches und soziales Bewusstsein darstellt, würde eine Frischküche vor Ort Vorzug gegeben werden.

Fazit: Dem medizinischen Finanzkonzept muss ein bürgerbeteiligtes Gesamt-Medizinkonzept für unsere Kliniken folgen.“

Kreisrat Dr. Nopper ist der Ansicht, dass der Rems-Murr-Kreis in Winnenden viel zu teuer gebaut habe. Nach Meinung von Krankenhausesparten, um rund 100 Millionen Euro zu teuer. Bei Betrachtung vergleichbarer Häuser in Baden-Württemberg, die im gleichen Zeitraum entstanden seien, stünden rund 330.000 Euro pro Bett anderswo, rund 500.000 Euro pro Bett in Winnenden gegenüber. Dies schmerze jetzt bei Zins sowie Tilgung und fehle letztlich den Kommunen für wichtige Zukunftsaufgaben vor Ort. Außerdem habe der Kreis am falschen Standort gebaut, da dieser nur ganz begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten biete oder zumindest nur solche, die erst nach vielen Jahren genehmigungsfähig wären. Das Szenario 3, das mit der Konzentration an einem Standort eine wichtige Zukunftsoption enthalte, sei dadurch von vornherein unmöglich gemacht worden. Drittens habe es für die Krankenhaus-Standorte Winnenden und Schorndorf lange Zeit keine standortübergreifenden Konzeptionen gegeben. Weder medizinisch, noch organisatorisch oder baulich. Dies lasse den berühmten „Brandbrief“ der Winnender Chefärzte von vor einem Jahr in einem milderen Licht erscheinen. Ferner sei der Kreistag im Jahr 2008 gleich in mehrfacher Hinsicht getäuscht worden. Die Wirtschaftlichkeitsprognose und die Aussagen über den Zustand der Gebäude in Schorndorf seien unrealistisch bzw. maroder und sanierungsbedürftiger gewesen, als zugegeben. Auch die für die heutige Entscheidung vorgelegten Eckdaten der Planung seien sehr ambitioniert. Mit dem heutigen Beschluss gehe man mit weiteren 69 Millionen Euro in die Verschuldung, trotz des hohen Schuldenstands. Wenn die positiven Ertragsannahmen nicht eintreffen würden,

dann wäre der heutige Beschluss keine Maßnahme der Schadenbegrenzung, sondern eine solche der Schadenserhöhung.

Kreisrat Dr. Nopper erinnert außerdem daran, dass bei der Grundsatzentscheidung 2008, die Kreisräte aus dem Schorndorfer Raum von den Backnangern eine Gesamtsicht auf den Kreis eingefordert hätten. Als nun im vergangenen Jahr auch nur mit dem Gedanken an eine Schließung des Schorndorfer Standorts gespielt worden sei, habe sich im oberen Remstal ein Proteststurm erhoben. Trotzdem sei man bereit, mit den Schorndorfern Solidarität zu üben – schon allein, weil die äußeren Umstände etwas anderes gar nicht zulassen würden. Solidarität dürfe im Rems-Murr-Kreis aber keine Einbahnstraße sein und Backnang habe nun etwas gut.

Das Land sei nun in der Pflicht, den Kreis bei der Umsetzung des Szenarios 1 zu unterstützen und zu fördern. Hierfür gebe es drei Gründe. Erstens habe es den Rems-Murr-Kreis vor Jahren zur Zweihauslösung in Winnenden und in Schorndorf animiert. Zweitens habe der in Krankenhausfragen besonders landestreue Kreis im vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Land die Zahl der Akutbetten im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen übermäßig reduziert. Jetzt müsse er sie im Interesse seiner Bürger entlang des wachsenden Bedarfs wieder etwas erhöhen. Zum Dritten habe man beim Neubau in Winnenden eine Förderquote des Landes von nur 27 Prozent erhalten – bei einer Förderquote von 50 Prozent im Landesdurchschnitt. Es wäre deswegen ein Akt krankenhauspoltischer Gerechtigkeit, wenn der Rems-Murr-Kreis eine überdurchschnittliche Förderung erhalten würde. Er spreche sich dafür aus, nach vielen negativen Erfahrungen wieder den Blick in die Zukunft zu richten und jetzt mit Szenario 1 das Beste zu machen.

Kreisrat Gruber führt aus, das Thema habe jahrelang bewegt. Auch er habe lange mit sich gerungen, ob er sich enthalten, oder dem Szenario 1 zustimmen solle. Er erinnere an die Vorgeschichte für den Neubau in Winnenden, die in Teilen falsch und irreführend gewesen sei. Wahrscheinlich sei es auch ein einmaliger Vorgang in Baden-Württemberg, dass die Beschlussfassung mit nur 2 Stimmen Unterschied erfolgte. Da nirgendwo sonst die Verschuldung so hoch sei wie im Rems-Murr-Kreis, habe man keine leichte Situation. Deshalb sei auch erstaunlich und positiv, dass es Landrat Dr. Sigel sowie Geschäftsführer Dr. Nickel und seinem Team gelungen sei, Vertrauen zu schaffen in die Entwicklung beider Standorte. Nach seiner Überzeugung sei seriös gearbeitet worden, auch wenn die Ziele sehr ehrgeizig seien. Obwohl 2008 die meisten Schorndorfer Kreistags-

mitglieder für die Schließung von Backnang und Waiblingen gestimmt hatten, befürworte er den Erhalt des dortigen Hauses im Interesse einer wohnortnahen medizinischen Grundversorgung. Außerdem habe er nicht vergessen, dass einige Kreisräte aus dem Schorndorfer Raum für den Erhalt der Häuser gestimmt hätten. Wichtig bei der Zustimmung zu Szenario 1 sei, ein klares Signal an die Landesregierung zu senden, dass man die Fördergelder brauche. Mit entscheidend sei außerdem, dass der Kreistag die Entscheidungen in zu finanzierenden Stufen treffen könne. Dies ermögliche, die Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken und der Kliniken in den Nachbarlandkreisen zu beobachten und ggf. neu zu bewerten. In diesem Sinne trage er das Szenario 1 mit.

Kreisrat Fazio erklärt, er hätte sich zu der heutigen, wichtigen Entscheidung, die Teilnahme des früheren Landrats und des früheren Geschäftsführers oder eines Vertreters der damaligen Beratungsfirma als Verantwortliche für den Klinikneubau gewünscht. Nach seiner Auffassung habe es große Versäumnisse gegeben und man sei von der Beratungsfirma in die Irre geführt worden. Die damals geführte Diskussion sei jetzt ganz anders verlaufen, im Vergleich zu den nun vorgelegten Informationen und Entscheidungsgrundlagen. Im Übrigen erinnere er daran, dass knapp die Hälfte des Kreistags für einen Erhalt der damaligen Standorte gestimmt habe. Mit einem Vorbehalt sei der Beschluss nicht richtig, da die Standorte nicht in Frage gestellt seien. Daher solle man sich hierzu als Signal an die Beschäftigten bekennen. Da bestimmte Maßnahmen zuschussfähig seien und andere nicht, könne der Vorbehalt in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags entfallen und nur Ziffer 3 beschlossen werden. Hinzu komme, dass dieser viel Zeit koste und die Umsetzung der Konzeption erfolgen müsse. Eine Absicherung sei durch Ziffer 3 des Beschlussvorschlags gegeben.

Landrat Dr. Sigel hebt nochmals hervor, dass eine Abstimmung mit dem Sozialministerium vor der Behandlung im Kreistag nicht möglich gewesen sei. Auch wenn dies eine gewisse Verzögerung bedeute, halte er eine Umsetzung ohne grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums für schwierig, auch wenn ihm klar sei, dass die Geschäftsführung und die Belegschaft einen bedingungslosen Beschluss bevorzugen würden.

Kreisrat Klopfer spricht sich für den ursprünglichen Verwaltungsantrag aus. Gegenüber den Beschäftigten könne so signalisiert werden, dass sie das wichtigste Kapital seien, zumal die Arbeitsmarktsituation schon angespannt sei. Gegenüber dem Land solle der Kreis selbstbewusst auftreten. Schließlich habe man auch bei der vom Sozialminister geforderten Reduzierung von Klinikstandor-

ten von 250 auf 200, bei einem Bevölkerungsanteil von 4 % und einem theoretischen Anspruch auf 8 Standorte, diese 'Hausaufgaben' längst erfüllt. Von den Landtagsabgeordneten des Rems-Murr-Kreises habe er im Vorfeld ein deutlicheres Signal erwartet. Er bezweifle, dass man bis zur nächsten Sitzung am 10.07.2017 eine Rückmeldung seitens des Landes erhalten werde. Da es nicht nur um die 8 Mio. € an Zuschüssen, sondern um über 100 Mio. € gehe, stelle sich die Frage, was dann mit den übrigen Maßnahmen passiere. Dies führe zu einer weiteren Verunsicherung und sei betriebsschädigend, was eine Sondersitzung des Aufsichtsrates erfordere. Daher könne die SPD-Fraktion heute nicht zustimmen. Außerdem sei offen was die Alternative bleibe, wenn sich das Sozialministerium nicht im kommenden Monat oder dagegen entscheide. Werde dann privatisiert oder Schorndorf geschlossen, bei wachsender und älter werdenden Bevölkerung? Daher spreche er sich für den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, der nach seiner Ansicht weitergehend sei.

Landrat Dr. Sigel bezweifelt, dass der Vorbehalt zu einer Verunsicherung führe, da dies schon immer Geschäftsgrundlage gewesen sei. Selbstverständlich würden die laufenden Maßnahmen weiter bearbeitet. Selbst wenn das Ministerium sich dagegen ausspreche, könne noch immer entschieden werden, ohne Förderung aktiv zu werden. Die Bereitschaft des Kreises, 69 Mio. Euro aufzuwenden, halte er für ein starkes Zeichen gegenüber dem Land.

Kreisrat Dr. Ketterer bittet die finanzielle Situation des Kreises zu bedenken, auch wenn man zu dem Medizinkonzept stehe. Wenn der Kreistag ohne Bedingung beschließe, sei dies eine Einladung an das Land, nicht zu fördern. Schließlich gebe es eine Vielzahl von Förderanträgen. Daher sei er dafür, den modifizierten Beschlussvorschlag um den ursprünglichen Antrag der CDU zu ergänzen, damit Druck ausgeübt werde. Im Falle einer Ablehnung könne dann noch immer anders entschieden werden.

Kreisrat Franke erklärt, für die Bevölkerung des Backnanger Raumes werde heute auch die frühere Klinikdebatte abgeschlossen, auch wenn das frühere Ergebnis fragwürdig gewesen sei. Neben der heute zu beschließenden Medizinkonzeption gebe es noch andere Herausforderungen wie die Notaufnahme oder die Speisenversorgung. Auch an der noch immer geäußerten Kritik bzw. der Patientenzufriedenheit müsse weiter gearbeitet werden. Dann gebe es eine gute Grundlage, der auch der Backnanger Raum zustimmen könne.

Kreisrat Heide weist darauf hin, dass heute über 69 Mio. Euro beschlossen werden sollen, was für einen so hoch verschuldeten Kreis eine hohe Summe sei. Deswegen sei entscheidend, ob die Förderung vom Land komme oder nicht. Ihn interessiere daher, was die Aufnahme in das Landesförderprogramm des Landes bedeute.

Geschäftsführer Dr. Nickel erklärt, dass er den Vorbehalt politisch nachvollziehen könne. Er verweist auf die Bedeutung einer zeitnahen Entscheidung durch das Sozialministeriums, um eine weitere Entwicklung des Unternehmens nicht zu gefährden und die Belegschaft nicht zu verunsichern. Im Rahmen der Medizinkonzeption sei von einem zeitnahen Beginn und einem nachhaltigen Fördervolumen von 8 Mio. Euro ausgegangen worden. Außerdem regt er an, die Begrifflichkeit Zustimmung des Ministeriums, hinsichtlich der Erwartung und möglicher Konsequenzen noch näher zu interpretieren. Fakt sei, dass die Mitarbeiter die Projekte umsetzen wollen, da man immer noch über Plan liege und mit Patienten überlaufen werde. Er hoffe nicht, dass im Herbst, wenn die Zahlen wieder steigen würden, Vorwürfe derart gemacht würden, die Kapazitäten würden nicht ausreichen. Er hoffe auf eine schnelle Rückmeldung des Ministeriums und werde in der Sitzung am 10.07.2017 hierüber berichten. Dann müsse ggf. nochmals diskutiert werden, falls man dort kein Gehör finde.

Kreisrat Sczuka verweist auf die Berichterstattung in der Waiblinger Kreiszeitung vom 22.03.2017, dass die 'größte Hürde' erst noch kommen werde, womit nicht der Kreistag gemeint sei. Deshalb müsse das wichtige Signal erfolgen, dass die Medizinkonzeption aus Sicht des Kreistags unumstritten sei. Er wundere sich jedoch über Aussagen aus der Mitte des Gremiums, die sonst die Verschuldung des Kreises anprangern und ein Abbaukonzept fordern würden. Dies solle hier nun auf einmal keine Rolle mehr spielen. Zudem könne ein Vergleich mit der öffentlichen Wohnbauförderung hergestellt werden, wo ein vorzeitiger Baubeginn förderschädlich sei. Insofern warne er vor einem bedingungslosen Beschluss.

Kreisrat Hesky betont, dass die Befürworter eines Vorbehaltes nicht in Zweifel ziehen wollen, dass der Landkreis die Standorte Schorndorf und Winnenden brauche. Die Kritik, dass wenn das Land nicht fördere, Schorndorf geschlossen werde, sei falsch. Auch die momentane Meinungsbildung halte er für nicht richtig, bei der der Geschäftsführer eine andere Meinung vertrete wie der Aufsichtsratsvorsitzende. Es sei nicht verwerflich das Land mit in die Pflicht zu nehmen und diesen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 27

Öffentlich

Versuch zu unternehmen, zumal es versprochen gewesen sei und das Sozialministerium bald eine Aussage treffen müsse. Wenn die Geschäftsführung im Juli mitteile, dass dies negativ beschieden worden sei, müsse man sich erneut Gedanken machen.

Kreisrat Berger erinnert daran, dass im VSKA der Beschlussvorschlag ohne Vorbehalt zur Abstimmung gestanden habe. Der Kreis habe eine sehr gute Medizinkonzeption, mit der man selbstbewusst in die Verhandlungen gehen könne. Insofern frage er sich, warum die CDU-Fraktion einen Vorbehalt beantrage. Um die eigenen Vertreter auf Landesebene unter Druck zu setzen, weil es offenbar nicht ausreiche mit einem guten Konzept einen Förderantrag zu stellen? Er sei sich sicher, dass die Ministeriumsspitze das Konzept sicher gründlich prüfen werde. Hinzu komme, dass der Kreistag von den Menschen abhängen, die das Konzept umsetzen müssten. Es gelte daher, diesen den Rücken zu stärken. Er teile zwar die Sorge der CDU-Fraktion ob das Land fördern werde, dies erfolge jedoch unabhängig von einem Zusatz. Nach seiner Prognose werde man vom Sozialministerium bis Juli allenfalls eine Aussage bekommen, dass das Konzept nachhaltig sei und fortgesetzt werden solle. Eine Finanzierungszusage könne aber vor den Haushaltsberatungen nicht erwartet werden. Auch wenn die Förderkulisse nicht erreicht werde, trete das Stufenkonzept in Kraft, bei dem jährlich über die Umsetzung entschieden werde.

Die Sitzung wird auf Antrag von Kreisrätin Brodersen zur Geschäftsordnung zur Beratung in den Fraktionen von 16:40 bis 16:55 Uhr unterbrochen.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt die nachstehende Modifikation der Ziff. 1 des Beschlussvorschlags.

Die CDU-Fraktion ersetzt ihren Antrag zu Ziff. 2 durch den nachstehenden modifizierten Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt, der Empfehlung der Geschäftsführung zu folgen und Szenario 1 (Weiterführung der Standorte Winnenden und Schorndorf mit Sanierung Schorndorf im Bestand) umzusetzen, unter dem Vorbehalt der Aufnahme in das Krankenhausförderprogramm des Landes Baden-Württemberg unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Sozialministeriums Baden-Württemberg zum Medizinkonzept.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 28

Öffentlich

§ 1.1

Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion stellt den nachstehenden alternativen Beschlussantrag zu Ziffer 2:

2. Der Kreistag beschließt, der Empfehlung der Geschäftsführung zu folgen und Szenario 1 (Weiterführung der Standorte Winnenden und Schorndorf mit Sanierung Schorndorf im Bestand) umzusetzen und die Zustimmung des Sozialministeriums einzufordern.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 29

Öffentlich

§ 1.2

Antrag der CDU-Fraktion

Der Kreistag beschließt bei 49 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen auf Antrag der CDU-Fraktion zu Ziffer 2:

2. Der Kreistag beschließt, der Empfehlung der Geschäftsführung zu folgen und Szenario 1 (Weiterführung der Standorte Winnenden und Schorndorf mit Sanierung Schorndorf im Bestand) umzusetzen, unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Sozialministeriums Baden-Württemberg zum Medizinkonzept.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 30

Öffentlich

§ 1.3

Bericht über die Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme:

3. Die Geschäftsführung wird beauftragt, Ihre Empfehlung zur Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken und die Zahl der Planbetten mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg abzustimmen und eingeplante Fördermittel des Landes, sowie darüber hinaus weitere mögliche Förderungen zu beantragen und dem Kreistag vor einer Umsetzung der Empfehlung zunächst in der Sitzung am 10. Juli 2017 zu berichten.

§ 2Immobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen - hier: Vorbereitung der UmsetzungsphaseDrucksache 2017/045

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen:

1. Der VSKA/Kreistag nimmt den umfassenden Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts zur Kenntnis.
2. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage des Miet- und Servicevertrages mit der RMIM eine Gesamtplanung für das gesamte Areal Alter Postplatz 10 zu erarbeiten und eine wettbewerbliche Vergabe vorzubereiten.
3. Der Kreistag stimmt der Vorbereitung eines wettbewerblichen Verfahrens für den Standort Alter Postplatz wie folgt zu:
4. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH für den Verwaltungsstandort „Kreishaus Alter Postplatz Waiblingen“ ein wettbewerbliches Verfahren für eine Gesamtplanung vorzubereiten.
5. Die Vorbereitungsmaßnahmen sind über den bestehenden Miet- und Servicevertrag zwischen Landkreis und RMIM abzuwickeln.
6. Die städtebaulichen Bestandteile der wettbewerblichen Verfahren sind eng mit der Stadt Waiblingen als Standortkommune abzustimmen.
7. Der Kreistag stimmt den Überlegungen der Kreisverwaltung zu, das Objekt Ringstraße 26 in Fellbach interimweise für die Verwaltung zu nutzen und damit in Fellbach einen neuen Interims-Standort der Kreisverwaltung zu eröffnen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 32

Öffentlich

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 33

Öffentlich

§ 3

Besetzung der Stelle für die Leitung des Haupt-und Personalamtes

Drucksachen 2017/033/1 und 2017/033

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/033/1.

Die Bewerberin Marie-Christine Scholze stellt sich dem Kreistag vor.

Für die Zählkommission werden die Kreisräte Wittner (CDU), Riedel (SPD), Ulrich (Freie Wähler), Besa (GRÜNE) und Treiber (FDP-FW) benannt. Die anschließende geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	81
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel:	81
Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf	
Scholze, Marie-Christine	68
Ungültige Stimmzettel	13

Mit der Wahl stimmt der Kreistag zu:

Auszüge:

1 Dezernat

1 Haupt- und Personalamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 34

Öffentlich

§ 4

Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-Kreises Drucksachen 2017/030/2, 2017/030/1 und 2017/030

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/030/2

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich mit den Stimmen aller Mitglieder bei 4 Nein-Stimmen:

Die nachstehende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-Kreises (Anlage 2 zu Drucksache 2017/030/02) wird beschlossen.

TEIL II: Aufgaben und Zuständigkeiten Abschnitt 1: Kreistag

§ 7 -Einzelne Zuständigkeiten- wird wie folgt geändert:

§ 7 Ziff. 5 wird wie folgt geändert:

„§ 105 Abs. 1 GemO“ wird ersetzt durch „**§ 104 Abs. 1 GemO**“

§ 7 Ziff. 15 wird wie folgt geändert:

„**und von privatrechtlichen Entgelten (Tarifen)**“ entfällt

§ 7 Ziff. 22 erhält folgende neue Fassung:

die Entscheidung im Einvernehmen mit dem/**der** Landrat/Landrätin über die Einstellung, die Entlassung **und die Ernennung der Dezernenten/-innen und Amtsleiter/innen sowie des/der Kreisbrandmeisters/in,**

Abschnitt 2: Beschließenden Ausschüsse

§ 11 -Übertragung von Zuständigkeiten- wird wie folgt geändert:

§ 11 Ziff. 12 a) wird gestrichen

§ 12 b) wird zu Ziff. 12

Die bisherige § 11 Ziff.17 wird § 11 Ziff.18.

Es wird folgende neue § 11 Ziff. 17 eingefügt:

die allgemeine Festsetzung von privatrechtlichen Entgelten (Tarifen),

Abschnitt 4: Landrat/Landrätin

§ 14 -Geschäfte der laufenden Verwaltung- wird wie folgt geändert:

Die bisherige § 14 Ziff. 12 wird **§ 14 Ziff. 12 a)** mit dem bisherigen Wortlaut:

der Abschluss und die Aufhebung von Verträgen über die Nutzung von bebauten Grundstücken bis zu einem monatlichen Miet- oder Pachtwert bis zu 15 000 €, von unbebauten Grundstücken bis zu einem jährlichen Pachtwert von 30 000 € und die Vermietung von beweglichem Vermögen bis zu einem Jahresmietwert von 50 000 €,

Es wird folgende neue Ziff. 12 b) eingefügt:

b) Die Wertgrenzen des § 12 a) gelten nicht für den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Verträgen zur Unterbringung von Flüchtlingen einschließlich aller hierfür erforderlichen Rechtsgeschäfte, inklusive Abstandszahlungen und Stornierungskosten. Der zuständige Ausschuss ist regelmäßig hierüber zu unterrichten,

§ 15 -Übertragung von Aufgaben- wird wie folgt geändert:

§ 15 Ziff. 4 erhält folgende neue Fassung:

die Einstellung, Entlassung, Ernennung **von Beamten und Beschäftigten mit Ausnahme der Dezernenten/innen und Amtsleiter/innen sowie des/der Kreisbrandmeisters/in,**

§ 2

Inkrafttreten:

Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 36

Öffentlich

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

1 Dezernat 1

3 Haupt- und Personalamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 37

Öffentlich

§ 5

Neukonzeption Fachstelle Rechtsextremismus

Drucksache 2017/057/01

Der Kreistag beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung mehrheitlich, den Tagesordnungspunkt auf die Kreistagssitzung am 10. Juli 2017 zu vertagen.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

1 Dezernat 5

1 Kreisjugendamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 38

Öffentlich

§ 6

Nahverkehrsplan - Anpassung des Linienbündelungskonzepts

Drucksache 2017/040

Kreisrat Dannenmann ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung zurück.

Landrat Dr. Sigel verweist auf Drucksache 2017/040.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme:

Den vorgeschlagenen Anpassungen des Linienbündelungskonzepts des Nahverkehrsplans wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 39

Öffentlich

§ 7

Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Drucksache 2017/074

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/074.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag im Wege der Einigung:

Der Jugendhilfeausschuss wird mit Herrn Marcus Lenz als Nachfolger von Frau Melanie Rautscher als stellvertretendes beschließendes Mitglied neu gebildet.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

1 Kreisjugendamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 40

Öffentlich

§ 8

Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel stellt die neue Leiterin des Amtes für Recht und Ordnung, Frau Anna-Katharina Maier sowie den neuen Leiter der Stabstelle Wirtschaftsförderung, Herrn Dr. Timo John vor.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 24.04.2017

Seite 41

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert